

10. Wahlperiode

ARCHIV
des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIH Exemplar

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/ 1864

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegen-
heiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 39. Landesjugendplan, wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

MMV 10 / 1864 -

Bericht

MMV 10/1864 -

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 21. September, 5. Oktober, 2. und 23. November 1988 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 39. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/1762 10/1764 und 10/1847
--	-----------------------------------

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	10/2180 und 10/2213
Deutsche Beamtenbund Akademie, Bonn	10/2219
Deutscher Beamtenbund - Landesbund NW -, Düsseldorf	10/2274
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband NW, Wuppertal	10/2293

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 23. November 1988 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den 39. Landesjugendplan - ab.

Einzelberatung

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 23. November 1988 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 39. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 010 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Titel 525 10 - Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten

den Ansatz von 20 000 DM um 40 000 DM auf 60 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Neues Fortbildungskonzept für Bedienstete des MAGS in Anpassung des Titels an die bei anderen Ressorts übliche Ausstattung.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

2. Die Fraktion der SPD beantragte bei,

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

einen neuen
Titel 526 40 - Untersuchung von Wirtschaftlichkeitsfragen (Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben)

mit einem Ansatz von 200 000 DM sowie den folgenden Haushaltsvermerk "Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 07 020 Titel 526 91" auszubringen.

2a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 526 40 - Untersuchung von Wirtschaftlichkeitsfragen (Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben)

die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100 000 DM

Begründung:

Die Finanzierung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (u.a. im Staatsbad Oeynhausen) solle ermöglicht werden.

Die Anträge wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

3. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 30

- Zuschuß an die Technologie-
beratungsstelle beim Deutschen
Gewerkschaftsbund - Landes-
bezirk Nordrhein-Westfalen -
e.V., Oberhausen

den Ansatz von 3 000 000 DM um 500 000 DM auf 2 500 000 DM
zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD
und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 30

- Zuschuß an die Technologie-
beratungsstelle beim Deutschen
Gewerkschaftsbund - Landes-
bezirk Nordrhein-Westfalen -
e.V., Oberhausen

den Ansatz von 3 000 000 DM um 400 000 DM auf 3 400 000 DM
zu erhöhen.

Begründung:

Finanzielle Sicherung der im vergangenen Jahr anfinanziert-
ten Regionalstelle Köln und Eröffnung der Regionalstelle in
Münster

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen
die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

5. Die Fraktion der F.D.P. beantragte bei,

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

einen neuen Titel

- Zuschuß zum Aufbau einer
Technologieberatungstelle beim
Deutschen Beamtenbund - Landes-
verband Nordrhein-Westfalen

mit einem Ansatz von 1 000 000 DM neu auszubringen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P.
abgelehnt.

6. Die Fraktion der CDU beantragte, bei **MMV 10/1864**

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

einen neuen
Titel 684 50

- Förderung von erwerbswirtschaftlichen Beschäftigungsinitiativen

mit einem Ansatz von 2 000 000 DM neu auszubringen.

Begründung:

Die Förderung von Beschäftigungsinitiativen mit mindestens 50 % Eigenbeteiligung solle ermöglicht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

7. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 697 10

- Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten

den Ansatz von 29 000 000 DM um 19 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Gegen die Bezuschussung von Sozialplanhilfen bestünden grundsätzliche ordnungspolitische Bedenken. Die Bewältigung des Strukturwandels und die Schaffung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze könne vom Staat nur durch Verstärkung seiner Anstrengungen im Bereich von Forschung, von der wirksamen Förderung der Modernisierung alter Unternehmen sowie durch die verstärkte Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen verfolgt werden.

Darüber hinaus sei auch der vorgesehene Umfang des Ausgleiches im Hinblick auf die gute Stahlkonjunktur und die verbesserte Ertragslage der Stahlunternehmen für das Jahr 1989 nicht angemessen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 697 10

- Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten

die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50 000 000 DM mit Kassenfälligkeiten in 1990 von 20 000 000 DM und in 1991 von 30 000 000 DM.

Begründung:

Da die im Haushaltsplan 1988 vorgesehene Verpflichtungsermächtigung wegen des Hinausschiebens der geplanten Entlassungen durch die Unternehmen der Stahlindustrie in 1988 nicht mehr in Anspruch genommen zu werden brauchte, jedoch im Jahre 1989 zur Einhaltung der Zusagen des Landes zur Verfügung stehen müsse, sei ihre Wiederveranschlagung notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 63

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation besonderer Personengruppen des Arbeitsmarktes (Übungswerkstätten)

Titel 893 63

- Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger

die Verpflichtungsermächtigung von 2 500 000 DM um 600 000 DM auf 1 900 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Kürzung wegen geringen Bedarfs.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 64

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation Erwachsener (Berufsbildungszentren)

Titel 893 64

- Zuschüsse für Investitionen an freie Träger

die Verpflichtungsermächtigung von 3 000 000 DM um 500 000 DM auf 2 500 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Kürzung wegen geringeren Bedarfs.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 65

- Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik in NRW

den Ansatz von 2 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Kürzung wegen fehlender Begründung für den Haushaltsansatz.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

12. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 65

- Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik in NRW

Titel 653 65

- Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)

den Ansatz von 2 000 000 DM um 1 600 000 DM auf 3 600 000 DM zu erhöhen.

12a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Verpflichtungsermächtigung von 1 300 000 DM um 4 400 000 DM auf 5 700 000 DM zu erhöhen.

12b) Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

folgende neue Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für folgende Maßnahmen (in Mio DM):

	Hj.1989	Hj.1990	Hj.1991	Hj.1992
1. Förderung modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte	2,0	1,0	0,7	0,3
2. Arbeitsmarktpolitische Frauenprojekte und Modellmaßnahmen zur Eingliederung von Frauen	1,0	1,1	1,1	0,8
3. Modellhafte Maßnahmen zur beschäftigungsorientierten Strukturverbesserung	0,6	0,5	0,2	-
zusammen	3,6	2,6	2,0	1,1

Begründung:

Es solle die Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten mit einer mehr als zweijährigen Laufzeit geschaffen werden, die erforderlich ist wegen der Verknüpfung verschiedener anderer Programme mit einer längeren Laufzeit.

Um ab 01.01.1989 Mittel aus dem EG-Strukturfonds (einschließlich EG-Sozialfonds) erhalten zu können, würden neben den einzusetzenden Programmmitteln zusätzliche Komplementärmittel im Umfang von 50 % benötigt.

Außerdem sollten modellhafte Projekte zur Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, insbesondere nach einer Familienphase, gefördert werden können.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

13. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 66 - Arbeitszeitberichterstattung

den Ansatz von 250 000 DM um 250 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Ein dringender Bedarf für zusätzliche Forschungsprojekte sei nicht erkennbar.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

14. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen
eine neue

Titelgruppe 67 - Förderung der ehrenamtlichen
sozialen Arbeit

mit folgenden Ansätzen auszubringen:

- a) Zuweisungen für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitarbeiter 2 200 000 DM
- b) Informations- und Werbekampagne für ehrenamtliches soziales Engagement 2 000 000 DM
- c) Förderung von Modellprojekten ehrenamtlicher sozialer Arbeit 2 800 000 DM

Begründungen:

zu a)

Die Fort- und Ausbildungsangebote sollten erweitert werden.

zu b)

Die vorhandene Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sollte aktiviert und mobilisiert werden.

zu c)

Neue Wege in der Sozialpolitik sollten erprobt werden.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

15. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 70 - Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser

Titel 683 70 - Zuschüsse an private Unternehmen

den Ansatz von 10 520 000 DM um 1 125 000 DM auf 9 395 000 DM zu kürzen.

15a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Verpflichtungsermächtigung von 7 740 000 DM um 1 930 000 DM auf 5 810 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Bei UT 3 "Vom Konkurs betroffene Jugendliche" bestehe ein geringerer Bedarf. Außerdem sei es notwendig, Haushaltsmittel nach Kapitel 07 020 Titelgruppe 65 umzuschichten.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titelgruppe 90 - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung

den Ansatz von 2 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Das Programm sei zu streichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

17. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titelgruppe 90 - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung
- Titel 526 90 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

die Verpflichtungsermächtigung von 0 DM um 2 000 000 DM auf 2 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Wegen der langen Laufzeit von Untersuchungen seien Verpflichtungsermächtigungen in Höhe der Baransätze erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

18. Die Fraktionen der CDU und F.D.P. beantragten, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titel 684 11

- Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen

den Ansatz von 24 100 000 DM um 2 300 000 DM auf 26 400 000 DM zu erhöhen.

Begründungen:

Die Fraktion der CDU halte eine Ansatzserhöhung zur Abgeltung von Personal- und Sachkostensteigerungen und zur Abdeckung von strukturellen Haushaltsdefiziten aufgrund gewachsener Aufgaben für notwendig.

Die Fraktion der F.D.P. halte die Ansatzserhöhung für notwendig, um sie gezielt zugunsten des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu verwenden wegen des sich dort ergebenden, strukturellen und aus eigener Kraft nicht mehr auszugleichenden Haushaltsdefizits.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titel 684 17

- Zuschüsse für Zwecke des Behindertensports

den Ansatz von 680 000 DM um 320 000 DM auf 1 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei wegen der gestiegenen Zahl von Angeboten des Behindertensports und der wachsenden Nachfrage geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

20. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 60

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen

den Ansatz von 7 000 000 DM um 3 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abdeckung des dringenden Bedarfs notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

21. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 61

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Sozialstationen

Titel 684 61

- Sozialstationen in freier gemeinnütziger Trägerschaft

den Ansatz von 29 040 000 DM um 9 000 000 DM auf 38 040 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung solle zur Absenkung des Personalschlüssels auf durchschnittlich 1 : 3 500 verwendet werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

22. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 62

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren für Altenpflege und Familienpflege

Titel 684 62

- Fachseminare in freier gemeinnütziger Trägerschaft

den Ansatz von 10 800 000 DM um 26 000 000 DM auf 36 800 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung solle es ermöglichen, zusätzliche Fachseminare zur Altenpflege aufgrund eines steigenden Bedarfs an Altenpflegern/innen einzurichten (2 Mio DM). Außerdem solle eine Ausbildungsvergütung von 500 DM monatlich an Altenpflegeschüler/innen eingeführt werden (24 Mio DM).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

23. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

eine neue

Titelgruppe 63

- Übernahme von freiwilligen Rentenbeitragszahlungen für Pflegende von Schwerstpflegebedürftigen

mit einem Ansatz von 20 000 000 DM auszubringen.

Begründung:

Die Übernahme von Rentenbeitragszahlungen für pflegende Personen, die wegen der Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichten müßten, solle ermöglicht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

24. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 90

- Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe

Titel 863 90

- Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen

den Ansatz von 22 000 000 DM um 20 000 000 DM auf 42 000 000 DM zu erhöhen.

24a) Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 90

- Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe

Titel 863 90

- Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen

die Verpflichtungsermächtigung von 28 300 000 DM um 20 000 000 DM auf 48 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die zusätzlichen Haushaltsmittel sollten zur Abdeckung des dringenden Bedarfs an zusätzlichen Einrichtungen der Altenhilfe dienen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

25. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 90

- Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe

Titel 863 90

- Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen

den Ansatz von 22 000 000 DM um 2 500 000 DM auf 24 500 000 DM zu erhöhen.

25a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

- | | |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 040</u> | - Altenhilfe und soziale Hilfen |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe |
| <u>Titel 863 90</u> | - Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen |

die Verpflichtungsermächtigung von 28 300 000 DM um 2 500 000 DM auf 30 800 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Während aus dem Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - Altenheime gefördert werden könnten, für die kein Bedarf mehr bestehe, bestehe für den wachsenden Bedarf an Pflegeplätzen und des steigenden Sanierungsbedarfs zusätzlicher Förderungsbedarf.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

26. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- | | |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 060</u> | - Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge |
| <u>Titel 684 11</u> | - Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der DDR |

den Ansatz von 1 200 000 DM um 1 200 000 DM auf 2 400 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzserhöhung sei wegen der dringenden Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

27. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 13

- Zuschüsse zu Verwaltungskosten der auf Landesebene tätigen Vereinigungen der Vertriebenen und Flüchtlinge (ohne Patenlandsmannschaften) sowie der Vereinigungen der Kriegssachgeschädigten

den Ansatz von 175 000 DM um 50 000 DM auf 225 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abdeckung des dringenden Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

28. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 15

- Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens"

den Ansatz von 1 336 900 DM um 200 000 DM auf 1 536 900 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abgeltung von Kostensteigerungen geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

29. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 070

- Krankenhausförderung und Maßregelvollzug

eine neue
Titelgruppe 63

- Förderung der Umwidmung von Krankenhaus- in Pflegebetten

mit einem Ansatz von 12 000 000 DM auszubringen.

29a) Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

Kapitel 07 070

- Krankenhausförderung und Maßregelvollzug

bei der neuen

Titelgruppe 63

- Förderung der Umwidmung von Krankenhaus- in Pflegebetten

eine Verpflichtungsermächtigung von 30 000 000 DM auszubringen.

Begründung:

Mit diesen Haushaltsmitteln sollen Hilfen für Krankenhausträger eingeführt werden, die durch die Umwidmung von Betten der Akutversorgung (z.B. für Kurzzeitpflege) mit dazu beitragen, den wachsenden Bedarf an Pflege abzudecken.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

30. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titel 671 00

- Anteilige Erstattung der Personalausgaben für das medizinisch-therapeutische Personal von Schulen für Körperbehinderte an die Landschaftsverbände

den Ansatz von 10 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 12 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die zusätzlichen Haushaltsmittel seien zur Abgeltung des dringenden Mehrbedarfs und zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

31. Die Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. beantragten, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 60

- Ausbildung von Medizinalpersonen an Lehranstalten bzw. Schulen, die notwendigerweise oder tatsächlich mit einem Krankenhaus verbunden sind

den Ansatz von 100 000 000 DM um 100 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

31a) Die Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. beantragten ferner, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 60

- Ausbildung von Medizinalpersonen an Lehranstalten bzw. Schulen, die notwendigerweise oder tatsächlich mit einem Krankenhaus verbunden sind

die Verpflichtungsermächtigungen von 33 300 000 DM um 33 300 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Nach dem Beschluß des zuständigen Bundestagsausschusses vom 14.11.1988 bleibe die Finanzierung der Kosten des theoretischen Teils der Ausbildung des Pflegepersonals Angelegenheit der gesetzlichen Krankenversicherung, entsprechend dem Votum des Bundesrates.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

32. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 73

- Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst

Titel 653 73

- Betriebskosten für Einrichtungen des Rettungsdienstes

den Ansatz von 12 670 000 DM um 8 330 000 DM auf 21 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtung des Landes zur Beteiligung an den Kosten des Rettungsdienstes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

33. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 73</u>	- Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst
<u>Titel 883 73</u>	- Zuweisungen für Einrichtungen des Rettungsdienstes

die Zweckbestimmung wie folgt zu ergänzen: "an Gemeinden (GV)"

Begründung:

Die Erweiterung der Zweckbestimmung diene der Klarstellung in dem Sinne, daß nur Gemeinden (GV) Zuwendungsempfänger sein könnten.

33a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 73</u>	- Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst
<u>Titel 883 73</u>	- Zuweisungen für Einrichtungen des Rettungsdienstes

den Ansatz von 23 100 000 DM um 730 000 DM auf 23 830 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzserhöhung sei zur Abdeckung des aufgelaufenen Investitionsbedarfs im Rettungsdienst erforderlich. Außerdem sei durch Umschichtung der Betriebskosten in die Investitionsförderung ein gegenüber 1988 unveränderter Gesamtansatz der Titelgruppe herbeizuführen.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

34. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 82 - Zuschüsse und Zuweisungen für die Förderung von Entwicklungsvorhaben im medizinischen Bereich

den Ansatz von 2 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

34a) Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

Kapitel 07 080 - Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 82 - Zuschüsse und Zuweisungen für die Förderung von Entwicklungsvorhaben im medizinischen Bereich

Titel 653 82 - Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)

die Verpflichtungsermächtigung von 1 500 000 DM um 1 500 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Da es sich um Aufgaben der Universitätskliniken des Landes handele, seien die Ansatzkürzungen zur Vermeidung zusätzlicher Kosten geboten.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

35. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 90

- Seuchenbekämpfung

Titel 685 90

- Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige

Unterteil 3

- Zuschüsse an die Träger der Röntgenschirmbildstellen Rheinland und Westfalen-Lippe

den Ansatz von 1 000 000 DM um 340 000 DM auf 660 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Die Ansatzkürzung sei wegen geringeren Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

36. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 110

- Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz

Titel 811 10

- Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

den Ansatz von 50 000 DM um 1 100 000 DM auf 1 150 000 DM zu erhöhen.

36a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner, die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen: "Vorgesehen ist die Beschaffung von 2 Laborfahrzeugen zur Gefahrgutüberwachung und die Ersatzbeschaffung von 2 Dienstkraftfahrzeugen für die ZfS."

Begründung:

Mit den Mitteln sollten zwei Laborfahrzeuge zur Überwachung von Gefahrguttransporten beschafft werden. Der Gefahrguttransport sei mit erheblichen potentiellen Gefahren für die Bevölkerung verbunden. Wie Unfälle immer wieder zeigten, sei der Austritt von gefährlichen Stoffen aus Beförderungsmitteln oft verbunden mit Bränden, Explosionen, Bildung von Giftgaswolken und Verschmutzungen des Erdreichs und der Gewässer.

Die Überwachung von Gefahrguttransporten an Be- und Entladestationen habe spektakuläre und tragische Unfälle nicht ausschließen können. Bei wachsender Gefahrgutmenge blieben die Transportfahrzeuge ein zentraler Risikofaktor.

Zu den technischen Mitteln, die eine effizientere Überwachung von Gefahrguttransporten ermöglichen, zählten vor allem mobile Laborfahrzeuge. Mit Hilfe dieser Fahrzeuge sollten vor Ort Proben des Gefahrgutes entnommen und in einer für den Beförderer zumutbaren Zeitdauer analysiert werden. Mit dem Ergebnis der Analyse könnten dann die Einhaltung der gefahrgutspezifischen Vorschriften, insbesondere über die Anforderungen an das Fahrzeug, die Transportbehälter, die Begleitpapiere und die Kennzeichnung der Beförderungseinheiten überprüft und ggf. erforderliche Sanktionen unverzüglich ausgesprochen werden. Das unangemeldete Auftauchen solcher mobilen Gruppen mit der Möglichkeit sofortiger Untersuchungen und Ahndung von Verstößen ließe somit eine vorbeugende Wirkung hinsichtlich einer verstärkten Einhaltung der Sorgfaltspflicht von Fahrern und Spediteuren erwarten.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

37. Die Fraktion CDU beantragte, das

Kapitel 07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

mit Gesamtausgaben in Höhe von 7 667 000 DM ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Durch Übertragung der Aufgaben des Instituts auf die Hochschulen des Landes sollten zusätzliche Kosten vermieden werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

38. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 220 - Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel 517 10 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

den Ansatz von 3 058 000 DM um 400 000 DM auf 2 658 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Die Ansatzkürzung sei wegen geringeren Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

39. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 510

- Landesstelle für Aussiedler,
Zuwanderer und ausländische
Flüchtlinge in Nordrhein-
Westfalen

Titel 425 10

- Bezüge der Angestellten

den Ansatz von 8 068 600 DM um 1 200 000 DM auf
9 268 600 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei wegen gestiegener Aussiedler-
zahlen und wegen der Umwandlung von Aushilfsstellen in
Planstellen geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung
der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

40. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 510

- Landesstelle für Aussiedler,
Zuwanderer und ausländische
Flüchtlinge in Nordrhein-
Westfalen

Titel 427 20

- Vergütungen und Löhne für
Aushilfskräfte

den Ansatz von 1 400 000 DM um 1 200 000 DM auf 200 000 DM
zu kürzen.

Begründung:

Die Ansatzkürzung sei geboten, um Planstellen einzu-
richten, da befristete Arbeitsverträge nicht geeignet
seien, eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung zu ge-
währleisten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung
der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

41. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 510

- Landesstelle für Aussiedler,
Zuwanderer und ausländische
Flüchtlinge in Nordrhein-
Westfalen

Titel 684 00

- Zuschüsse an Wohlfahrtsver-
bände und -organisationen
für fürsorgerische Tätigkeit
in den Durchgangwohnheimen

den Ansatz von 50 000 DM um 100 000 DM auf 150 000 DM zu
erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzserhöhung sei wegen gestiegenen Bedarfs ge-
boten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung
der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegen-
heiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07,
außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales
Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches
Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) -
unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen
der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU
und F.D.P. an.

Bräuer
Vorsitzender